

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	V
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XI
Einleitung . . . . .	1
Kapitel 1: Grundlegung: Migrationsverwaltungsrecht . . . . .	7
A. <i>Rechtsgebiet „Migrationsrecht“</i> . . . . .	8
I. Gegenstand und Begriffsklärung . . . . .	8
II. Traditionelle Unterscheidung von Statusgruppen. . . . .	14
III. Rekonstruktion als Prozess des Statuswandels . . . . .	18
IV. Statistische Wirklichkeit des Verwaltungshandelns . . . . .	24
B. <i>Verwaltungsrechtliche Standortbestimmung</i> . . . . .	31
I. Reform des Verwaltungsrechts . . . . .	32
II. Grundmodell hoheitlich-imperativer Aufgabenwahrnehmung . . . . .	36
III. Bedeutung des Migrationsrechts für die Rechtspraxis . . . . .	41
IV. Migrationsrecht: ein Referenzgebiet?. . . . .	45
Kapitel 2: Rechtlicher Handlungsrahmen . . . . .	49
A. <i>Gesetzliche Programmierung der Migrationsverwaltung</i> . . . . .	50
I. Historische Genese des Migrationsrechts. . . . .	51
II. Langjährige Zurückhaltung des Bundesgesetzgebers. . . . .	56
III. Erneuerte administrative Handlungsspielräume . . . . .	63
B. <i>Verfassungsrechtliche Vorgaben für den Ausländerstatus</i> . . . . .	67
I. Aufenthaltsrecht kraft staatlicher Zulassungsfreiheit . . . . .	67
II. Grundrechtliche Grenzen einer Sonderstellung von Ausländern . . . . .	73
III. Kongruenz übergreifender Betrachtungsebenen . . . . .	77

<i>C. Europäisierung im Spannungsfeld von Unionsbürgerschaft und Ausländerstatus . . . . .</i>	84
I. Freizügigkeit der Unionsbürger im Binnenmarkt . . . . .	85
II. Völkerrechtliche Assoziierung von Drittstaaten . . . . .	89
III. Harmonisierung im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts . . . . .	93
IV. Umfang der europarechtlichen Lenkung der Migrationsverwaltung . . . . .	99
<i>D. Überstaatliche Ergänzung durch das Völkerrecht . . . . .</i>	106
I. Begrenzter Einfluss des internationalen Migrationsrechts . . . . .	107
II. Stellung der Europäischen Menschenrechtskonvention. . . . .	112
III. De-Internationalisierung durch Europäisierung? . . . . .	117
<i>E. Zusammenfassung . . . . .</i>	121
 Kapitel 3: Regelung der Wirtschaftsmigration . . . . .	125
 <i>A. Festlegung des Untersuchungsgegenstands. . . . .</i>	127
I. Handlungsauftrag: eigentlicher Arbeitsmarktzugang von Ausländern . . . . .	127
II. Regelung der Wirtschaftsmigration im öffentlichen Interesse . . .	131
III. Ungewissheit der nachbarwissenschaftlichen Wirkungszusammenhänge . . . . .	136
 <i>B. Typisierung verwaltungsrechtlicher Regelungsmodelle. . . . .</i>	140
I. Grundmodell einer Konkretisierung durch die Verwaltung . . . . .	142
1. Status quo einer gestuften Zulassungsentscheidung . . . . .	143
2. Modifizierte Fortschreibung als europäische „Blue Card“ . . .	148
3. Verwaltungswissenschaftliche Einordnung . . . . .	152
II. Rückgriff auf verwaltungsexternen Sachverstand . . . . .	155
1. Einbindung privater und öffentlicher Forschungseinrichtungen	156
2. Verwaltungswissenschaftliche Einordnung . . . . .	158
III. Befristete Beschäftigung gering qualifizierter Arbeitnehmer . . . .	162
1. Saisonarbeitnehmer inländischer Arbeitgeber . . . . .	163
2. Arbeitnehmerentsendung durch ausländische Unternehmen . .	166
3. Verwaltungswissenschaftliche Einordnung . . . . .	171
IV. Mobilitätspartnerschaften mit den Herkunftsstaaten? . . . . .	174
V. Kontrollierte Privatisierung der Wanderungsentscheidung . . . . .	179
1. Individualisierte Zulassung im geltenden Recht . . . . .	180
2. Perspektiven eines Punktesystems . . . . .	184
3. Verwaltungswissenschaftliche Einordnung . . . . .	188
 <i>C. Zusammenfassung . . . . .</i>	193



Kapitel 4: Subjektivierung des Ausländerpolizeirechts . . . . .	197
A. <i>Ausweisungsbefugnis als Spiegel der historischen Entwicklung</i> . . . . .	198
I. Fremdenpolizeilicher Ursprung vor dem Zweiten Weltkrieg . . . . .	198
II. Rechtsstaatliche Domestizierung unter dem Grundgesetz . . . . .	201
III. Menschenrechtliche Neuausrichtung durch Europa- und Völkerrecht? . . . . .	206
B. <i>Gefahrenabwehr im Migrationsrecht der Gegenwart</i> . . . . .	211
I. Bedingtheit einer jeden Statusverfestigung . . . . .	211
II. Möglichkeit des Statusverlusts durch Ausweisung . . . . .	216
III. Zulässigkeit einer Ausweisung aus Gründen der Generalprävention? . . . . .	221
IV. Entfaltung der Gefahrenvorsorge im Präventionsstaat . . . . .	224
C. <i>Grenzen der Ausweisung: Eine Fallstudie zur polyzentrischen Vielfalt des Grundrechtsschutzes</i> . . . . .	228
I. Europäisches Gemeinschaftsrecht als Vorreiter . . . . .	231
II. Menschenrechtskonvention als Richtschnur . . . . .	236
III. Rezeption durch das Bundesverfassungsgericht . . . . .	241
IV. Schlüsselstellung des Bundesverwaltungsgerichts. . . . .	246
V. Konturen des künftigen Ausweisungsrechts . . . . .	250
D. <i>Zusammenfassung</i> . . . . .	253
Kapitel 5: Steuerung der gesellschaftlichen Integration . . . . .	257
A. <i>„Integration“ als Schlüsselbegriff der Migrationsstudien</i> . . . . .	258
I. Rahmenbedingungen der staatlichen Integrationssteuerung . . . . .	259
II. Funktionen verwaltungswissenschaftlicher Schlüsselbegriffe . . . . .	263
III. Normative Prägung des Verwaltungshandelns durch Verfassungsrecht . . . . .	266
IV. Interdisziplinäre Deutungsvielfalt des Integrationsvorgangs . . . . .	271
B. <i>Querschnittsaufgaben der Migrationsverwaltung</i> . . . . .	274
I. Horizontale Kohärenz verschiedener Rechtsgebiete . . . . .	275
II. Vertikale Verwaltungsnetzwerke im Mehrebenenverbund . . . . .	280
III. Aktivierung und Beteiligung gesellschaftlicher Akteure . . . . .	285
IV. Konzeptpflichten einer übergreifenden Integrationspolitik . . . . .	290

<i>C. Integrationsleistungen im migrationsrechtlichen Prozess des Statuswandels.</i> . . . . .	296
I. Gesetzliche Konkretisierung der Integrationsanforderungen. . . . .	296
II. Zielsetzung des „Förderns und Forderns“ . . . . .	300
III. Durchführung und Verbesserung der Integrationskurse . . . . .	305
IV. Ergänzungsfunktion staatlicher Einbürgerungstests . . . . .	309
V. Verbesserte Steuerungsleistung durch den Abschluss von Integrationsvereinbarungen? . . . . .	312
<i>D. Zusammenfassung</i> . . . . .	319
 Kapitel 6: Effektivierung der Migrationskontrolle bei Einreiserecht und Ausreisepflicht . . . . .	323
<i>A. Die Herausforderung: Krise des Ordnungsrechts</i> . . . . .	324
I. Normativer Anspruch und rechtstatsächlicher Befund . . . . .	325
II. Blickwinkel der Verwaltungsrechtswissenschaft . . . . .	332
III. Antwort des Migrationsrechts: mehrstufiges Kontrollregime . . . . .	335
IV. Einbindung von Transportgesellschaften, Arbeitgebern und Härtefallkommissionen . . . . .	341
<i>B. Internationalisierung der Migrationsverwaltung</i> . . . . .	346
I. Zwischenstaatliche Ausrichtung der Reformvorhaben . . . . .	347
II. Völkerrechtliche Abgrenzung der Asylzuständigkeit . . . . .	353
III. Informationelle Zusammenarbeit mittels Datenbanken . . . . .	358
IV. Intensivierung der internationalen Behördenkooperation . . . . .	364
V. Operative Zusammenarbeit der Grenzschutzbehörden . . . . .	370
<i>C. Zusammenfassung</i> . . . . .	375
 Resümee der wesentlichen Ergebnisse . . . . .	379
 Literaturverzeichnis. . . . .	395
Sachregister . . . . .	449